

Tourismus begrüsst Entscheid zur volumfänglichen Hotel- Umnutzung

Das seit Anfang 2016 geltende Zweitwohnungsgesetz soll zugunsten der Beherbergungsindustrie angepasst werden. Die Umweltkommission des Ständerates hat am Freitag beschlossen die Motion «Umwandlung strukturierter Beherbergungsbetriebe. Keine halben Sachen!» anzunehmen.



Das

Es geht um die Umnutzung von Hotels, die nicht mehr wirtschaftlich weitergeführt werden können. Gemäss Zweitwohnungsgesetz dürfen Hotels, die mindestens 25 Jahre bewirtschaftet wurden und nicht mehr wirtschaftlich weitergeführt werden können, zu maximal 50 Prozent der Hauptnutzfläche zu Wohnungen ohne Nutzungsbeschränkung umgenutzt werden können, und zwar auch zu Zweitwohnungen.

Diese Regelung war Teil des Kompromisses mit dem Komitee der Zweitwohnungsinitiative, der im Parlament den Weg für eine Einigung frei gemacht hat.

Für den Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder sind das «halbe Sachen»: Er verlangt mit einer Motion «Umwandlung strukturierter Beherbergungsbetriebe. Keine halben Sachen!», dass das ganze Hotel umgenutzt werden darf. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates hat sich an seiner Sitzung vom Freitag dem Anliegen angeschlossen.

Das Problem der nicht wirtschaftlichen Hotelbetriebe könne durch eine Teilumwandlung nicht gelöst werden, heisst es in einer Mitteilung der Parlamentsdienste vom Freitag. Es sei wichtig, den Betreibern einen Ausweg zu lassen, umso mehr, als diese Gebäude anderenfalls verfallen und so dem Dorfbild schaden würden. Die Kommission nahm die Motion daher mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

Tourismusbranche begrüsst Entscheid

Hoteliers, Gastronomen und Touristiker zeigen sich erfreut über die Annahme der Motion Rieder in der UREK-SR. Denn seit Jahrzehnten zeichnet sich in der Schweizer Hotellerie ein Strukturwandel ab, der sich seit 2008 verschärft hat. 2012 nahm die Anzahl der Hotels in der Schweiz gar um 139 Betriebe ab.

Die aktuelle Regelung erschwere den betroffenen Hotels den Marktausstieg massiv. Daher würde eine ausgewogene Lösung, wie es die Motion verlangt, für unrentable Betriebe darstellen, und den Hotels eine sinnvolle Möglichkeit zum Marktausstieg bieten, schreiben die Branchenverbände hotelleriesuisse, Parahotellerie Schweiz, Gastrosuisse und der Schweizer Tourismus-Verband (STV) in einer gemeinsamen Medienmitteilung. (sda/htr/npa)

Publiziert am Montag, 23. Januar 2017